



Antrag

der Abgeordneten **Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Klaus Adelt SPD**

Kosten für schulische Bildung ermitteln – Elternbefragung durchführen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Staatsregierung wird aufgefordert,
 - a) die Kostenanteile pro Schüler und Schuljahr sowie aufgegliedert nach Schularten, die von Seiten der Sachaufwandsträger geleistet werden, stichprobenartig und aktuell zu erheben und darzulegen.
 - b) in zwei aufeinanderfolgenden Schuljahren eine Elternerhebung zu den tatsächlichen Anteilen der Eltern an allen Bildungskosten über alle Klassenstufen aller Schularten vorzunehmen. Die Erhebung soll alle Kostenanteile pro Schuljahr und Kind abbilden und eine Datengrundlage für die Beurteilung der Situation darstellen.
 - c) die Ausgaben der Landkreise und kreisfreien Städte aus dem Bildungs- und Teilhabepaket darzustellen.
 - d) die Landeselternbeiräte bei der Vorbereitung und Durchführung der Elternbefragung einzubinden.
2. Die für die Elternbefragung notwendigen Mittel sollen im Entwurf zum Nachtragshaushalt 2020 zur Verfügung gestellt werden.

Begründung:

Obwohl Bildung frei zugänglich sein sollte, entstehen mit einem Schulbesuch Kosten für die Familien. Nach einer 2014 in Schleswig-Holstein in Auftrag gegebenen Umfrage unter Eltern betragen die durchschnittlichen Kosten pro Kind und pro Schuljahr 1.000 Euro. Bildung hängt somit immer noch stark von der Finanzkraft der Schülerfamilien ab.

Die staatliche Unterstützung aus dem Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) beträgt für das Schulbedarfspaket aber nur 70 Euro im ersten und 30 Euro im zweiten Schulhalbjahr. Dieser Betrag reicht nicht aus, um jedem Kind in Bayern eine kostenfreie Schulbeteiligung allein aufgrund seiner Begabung zu ermöglichen.

Eine Elternbefragung ist die notwendige Voraussetzung dafür, dass Eltern von Schülkindern passgenau entlastet werden können.